

Politische Konfrontation in Belarus: Risiken und Chancen der weiteren Entwicklung

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1996). *Politische Konfrontation in Belarus: Risiken und Chancen der weiteren Entwicklung*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 59/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46558>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Politische Konfrontation in Belarus

Risiken und Chancen der weiteren Entwicklungen

Zusammenfassung

In Belarus zeichnet sich ein nationales Desaster ab: Die Wirtschaft des Landes befindet sich in freiem Fall, Präsident Lukaschenka sucht im Kampf gegen das Parlament die Macht zu monopolisieren, Rußland hält u.a. aus Kostengründen Abstand, nach Westen droht die Selbstisolierung. Trotz der schwach ausgebildeten national-kulturellen Identität wachsen gleichwohl jene Kräfte, die für die Verteidigung von Demokratie und Unabhängigkeit eintreten.

Auch nach Erlangung der Unabhängigkeit im Dezember 1991 ist Belarus hierzulande ein weithin unbekanntes Land geblieben. Sieht man von der allgemeinen, auf Rußland zentrierten Sicht des Westens ab, so liegt der wohl wichtigste Grund dafür in folgendem: Belarus selbst hat eine nur schwache national-kulturelle Identität entwickelt, große Teile seiner politischen Elite und seiner Bevölkerung streben eine wirtschaftliche, viele darüber hinaus auch eine politische Reintegration mit Rußland an. Dabei spielt eine große Rolle die Hoffnung, jene ökonomischen und sozialen Sicherheiten zurückzugewinnen, die mit dem Zerfall von Kommunismus und Sowjetunion verloren gingen. Der Präsident macht sich solche Hoffnungen zunutze, indem er den Eindruck erweckt, Rußland sei zur Reintegration und zur Übernahme der damit verbundenen Kosten bereit (vor allem in Form billiger Energieträger). Da sich Rußland bei formaler Partnerschaft (Zweiergemeinschaft vom April 1996) in der Substanz jedoch verweigert und der freie Fall der belarussischen Wirtschaft anhält, greift der Präsident in seiner Not zu immer neuen, sich steigernden Repressalien: Mißachtung des Parlaments und des Verfassungsgerichts, Renationalisierung des Bank- und Finanzwesens, Liquidierung der unabhängigen Presse, Unterdrückung öffentlichen Protestes. Kurz: Der Präsident möchte das Land innen- und außenpolitisch in eine Sowjetunion zurückführen, die es gar nicht mehr gibt. Er schwimmt gegen den Strom der sich wandelnden Umwelt und droht sein Land damit in den Abgrund zu reißen. Die dramatische Zuspitzung der Lage in Belarus bräuchte nicht weiter zu beunruhigen - könnte man denken -, befände sich das Land in fernerer Regionen. Das ist jedoch nicht der Fall: Belarus liegt im östlichen Mitteleuropa und grenzt an Länder, die eine EU-Beitrittsperspektive haben (Polen, Litauen, Lettland) oder der EU durch Partnerschaftsabkommen verbunden sind (Rußland, Ukraine). Turbulenzen im Innern des Landes, verbunden mit der Neubelebung alter Feindbilder gegenüber westlich gelegenen Ländern, würden die Stabilität in der gesamten Region gefährden und die von EU und NATO parallel betriebenen Prozesse von Integration (Ostmitteleuropa) und Kooperation (westliche GUS-Staaten) empfindlich stören. Die folgenden

Thesen beschreiben in gedrängter Form die Risiken, aber auch die Chancen der Entwicklungen in Belarus. Denn noch ist Belarus nicht verloren: Zur Überraschung fast aller Beobachter erhob sich im Parlament und in Teilen der Gesellschaft breiter Protest gegen den Konfrontationskurs des Präsidenten.

Die Repression der Staatsmacht stärkt die Oppositionsfront

Anlaß für den Konfrontationskurs bildet der Umstand, daß sich seine bisherigen Methoden populistischer Agitation in ihrer Wirkung erschöpft haben. Insbesondere gilt dies für die Vision, durch Integration mit Rußland die Wirtschaft zu sanieren und dem Land damit seinen relativen Wohlstand aus Sowjetzeiten zurückzugeben. Als dies trotz vertraglicher Abmachungen mit Moskau (Freundschaftsvertrag vom Februar 1995, Zweiergemeinschaft vom April 1996) nicht funktionierte, schob der Präsident die Schuld für die Misere auf die politischen Gegner: Sie nutzten angebliche Mängel im System der verfassungsmäßigen Machtverteilung, um die Sanierungs- und Stabilisierungspolitik der Exekutive zu unterminieren. Diese könne daher nur greifen, wenn alle drei Zweige der Staatsmacht - die Legislative, die Exekutive und die Judikative - aus einem Stamm erwachsen. "Dieser Stamm ist das Staatsoberhaupt."¹

Im Zuge der Umsetzung seiner "Ein-Stamm-Theorie" in die Praxis untergrub der Präsident systematisch und unter Bruch der Verfassung Kompetenz und Arbeit der beiden übrigen Gewalten. Darüber hinaus liquidierte er bis auf geringe Reste die "vierte Gewalt" in Form der unabhängigen Medien. In einem für November 1996 vorgesehenen Referendum sollen diese Entwicklungen zum Abschluß gebracht und festgeklopft werden. Danach soll das *Parlament*, dessen Neuwahl im Mai und November 1995 der Präsident durch allerlei Schikanen zu verhindern suchte, in zwei Kammern aufgespalten und de facto zum verlängerten Arm der Exekutive degradiert werden. Darüber hinaus erhält der Präsident das Recht zur Auflösung der Legislative. Auf das *Verfassungsgericht*, das eine Vielzahl von Präsidialerlassen für verfassungswidrig erklärte (freilich ohne konkreten Effekt), will sich der Präsident über das Recht auf Ernennung des Vorsitzenden und der Hälfte seiner Mitglieder den Zugriff sichern. Die Ausschaltung der *unabhängigen Medien* schließlich dient dazu, dem wachsenden Unmut in der Bevölkerung keine Chance zu geben, sich wirksam und permanent zu artikulieren. Das Informationsmonopol gilt dem Präsidenten als wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung seiner systemändernden Strategie. Abgesichert wird all dies durch eine kostspielige Aufblähung der Sicherheitsstrukturen, die sich gegen Aktivitäten fiktiver "innerer Feinde" richtet: Mittlerweile sind Innenministerium, KGB und Lukaschenkas persönliche Wache mit über 120 000 Mann wesentlich stärker als die auf 70 000 Mann reduzierte Armee.

Die Konfrontationsstrategie des Präsidenten hat mittlerweile den stillen Konsens unter der Nomenklatur zerstört und Gegenkräfte in einem Ausmaß geweckt, wie es noch bis vor kurzem unvorstellbar erschien. Im *Parlament* standen ursprünglich nur die Vereinigte Bürgerpartei unter dem angesehenen Ex-Nationalbankchef Bagdanekewitsch und die Sozialdemokraten unter Ex-Außenminister Krautschenka in harter Opposition zur Exekutive (16 bzw. 12 von insgesamt 198 Mandaten). Inzwischen hat sich dank der Provokationen Lukaschenkas jedoch eine breite Front gegen den Präsidenten gebildet: Sie reicht von den Liberalen bis hin zu den Kommunisten und hat ihren Exponenten in dem an Profil gewinnenden Parlamentspräsidenten (und Vorsitzenden der zentristischen Agrarpartei) Scharezkij. Nachdem alle Bemühungen um Ausgleich mit dem Präsidenten gescheitert waren, nahm das Parlament den Fehdehandschuh auf und setzte seinerseits ein Gegenreferendum mit dem Ziel an, das Präsidentenamt überhaupt abzuschaffen. Das *Verfassungsgericht* gab dem Parlament Rückendeckung: Es geißelte den "juristischen Nihilismus" der Staatsführung und charakterisierte Lukaschenkas Pläne zur Verfassungsrevision als rechtlich unhaltbar, antidemokratisch und für einen mitteleuropäischen Staat völlig unangemessen.²

¹ Zitiert nach A.A. V.V., Belarus: Ergebnisse und Lehren der Parlamentswahlen, in: Wostok (Köln), Nr. 2/1996, S. 9.

² Nach: Jamestown Monitor Dienst, 6.9.1996.

Bemerkenswert ist, daß dieser Protest aus der Mitte der Verfassungsorgane mit wachsendem Widerstand gegen den Kurs des Präsidenten aus der *Gesellschaft* zusammentrifft, wobei sich die Opposition über enge Kreise der Intelligenz hinaus insbesondere unter der städtischen Bevölkerung, der jungen Generation, den Gewerkschaften, Unternehmergruppen und der Vielzahl der NGOs regte. Als im Frühjahr 1996 in Minsk erstmals seit der Streikwelle vom April 1991 wieder Massendemonstrationen zum Schutz von demokratischer Verfassungsordnung und nationaler Unabhängigkeit stattfanden, wurde deutlich: Die Chancen für einen europäischen Entwicklungsweg für Belarus sind noch nicht völlig zunichte. Darauf verweist auch die Tatsache, daß die Wahlen von 1995 zum Obersten Rat trotz Blockadeversuche des Präsidenten und seiner geballten Medienmacht in mehreren Etappen ordnungsgemäß verliefen und das Quorum für ein arbeitsfähiges Parlament erreicht wurde.

Dramatischer Verfall der Wirtschaft

Der Verfall der belarussischen Wirtschaft, der nach einiger Verzögerung noch unter der Regierung Kebitsch 1992 begonnen hatte, hat sich unter Lukaschenka fortgesetzt und dramatische Formen angenommen. Unter Hinweis auf das Anwachsen von Bankrotten, Arbeitslosigkeit, Budgetdefiziten und äußerer Verschuldung sprach der Präsident im Juli 1996 selbst von einem "freien Fall", in dem sich die Wirtschaft befinde. Vor diesem Hintergrund näherten sich - betonte er - die sozialen Spannungen einem kritischen Punkt.³ Die tiefe Wirtschaftsdepression in Belarus hat objektive und subjektive Gründe. Die *objektiven* Ursachen liegen vor allem darin, daß das Land fast vollständig von ausländischen (sprich: russischen) Energielieferungen abhängig ist, die - auf Weltmarktpreis-Niveau hochgeschleust - von Minsk nicht mehr bezahlt werden können (BIP-Anteil der Energiekosten: 1990 1,7%; 1993 25%). Hinzu kommt, daß Belarus als "sowjetische Montagehalle" stark spezialisiert und hochgradig in die industrielle Arbeitsteilung der UdSSR eingebaut war. Die Folge: Die belarussischen Exporte in die GUS-Länder (1990: mehr als 80%) sanken nach Errichtung wechselseitiger Zollgrenzen drastisch ab, und ein Ausweichen auf westliche Märkte war wegen der schwachen Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Produkte nur sehr begrenzt möglich. Die Folgen dieser ungünstigen äußeren Faktoren lassen sich plastisch an dem Abschwung einiger zentraler Indikatoren demonstrieren. So sanken im Zeitraum von 1992 bis 1995 das *Bruttoinlandsprodukt* (in % gegenüber dem Vorjahr): -9,6, -10,6, -15,8, -10; die *Industriegüterproduktion*: -9,4, -7,4, -17,1, -20,5; die *Investitionen*: -29,0, -15,0, -11,0, -27; die *Arbeitsproduktivität*: -7,2, -9,4, -13,5, -8,3.⁴ Verschärft wird das Problem dadurch, daß die - staatlich subventionierten - Betriebe rund 40 % ihrer Güter auf Halbe produzieren, da sie weder im Ausland noch im Lande selbst absetzbar sind. Für die Modernisierung der Wirtschaft dringend benötigtes westliches Kapital engagiert sich nur zögernd: Ende 1995 betragen die akkumulierten Auslandsinvestitionen in Belarus lediglich rund 200 Mio. US-\$ (zum Vergleich in Mrd. US-\$: Polen: 4,7; Ungarn: 11,4; Tschechien: 5,9).

Ihre eigentliche Zuspitzung erfuhr der Wirtschaftsabschwung aber erst dadurch, daß die objektiven Schwierigkeiten mit einem hartnäckig verteidigten *Strukturkonservatismus* zunächst unter Kebitsch und heute unter Lukaschenka zusammentrafen. Tatsächlich drängte der Präsident im Mai 1996 auf "stärkstmögliche Regierungskontrolle über die Industrie des Landes".⁵ Auch hierzu einige zentrale Indikatoren und Aktionsmuster. Der Anteil des Privatsektors am BIP beträgt nur rund 15% (Ostmitteleuropa: 50 bis 70%); das neue Privatisierungsprogramm von Anfang 1996 enthält weder konkrete Objekte noch Termine. Im industriellen Bereich, der von einem rasch veraltenden Kapitalstock gekennzeichnet ist, wurden bisher nur rund 10% der Betriebe privatisiert (Rußland: 60%), in der zu 80% verschuldeten Landwirtschaft wurde mit der Privatisierung kaum begonnen. Die Subventionen in beiden Sektoren belasten das Budget so stark, daß die den internationalen Finanzorganisationen zugesagten Obergrenzen voraussichtlich nicht eingehalten werden können. Hinzu kommt, daß der Präsident im Zeichen seines "Marktsozialismus" den Spielraum für die

³ Interfax, 30.7.1996.

⁴ Zahlen nach: UN-Wirtschaftskommission für Europa, Economic Survey of Europe in 1995-1996, Genf 1996, S. 54, 68, 78.

⁵ Interfax, 13.5.1996.

ohnehin schwachen Geschäftsbanken (insgesamt 40) radikal reduziert hat und ihnen eine staatliche Mehrheitsbeteiligung aufzwingt. "Statt der unsichtbaren Hand des Marktes verteilt die sehr deutlich sichtbare Hand des Präsidenten die Ressourcen des Landes" (so der IWF-Vertreter vor Ort, Szalkaly, im April 1996).⁶ Folgerichtig stornierte der IWF im Frühjahr 1996 die zweite Tranche seines Beistandsprogramms, knapp 200 Mio. US-\$, und auch die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gaben zu verstehen: An Verhandlungen über neue Kreditlinien ist erst dann zu denken, wenn die Exekutive in Minsk über einen gewissen Zeitraum hinweg eine glaubwürdige Reformpolitik umsetzt. Die Kreditstornierung seitens des Westens ist für die Exekutive um so problematischer, als sich der Anfang 1996 gewährte Moskauer Schuldenerlaß (u.a. gegen langfristige Verpachtung strategischer Militärobjecte und kostenlose Einräumung von Transitrechten) entgegen Minsker Interpretation *nicht* auf den Erdgas-Schuldenbetrag von 700 Mio. US-\$ bezieht.

Kurzfristig ist ein Ausweg aus dem Wirtschaftsdesaster nicht in Sicht, zumal der Präsident alles tut, um das Entstehen einer kritischen Masse privater Wirtschaftsaktivitäten zu unterbinden. Dennoch sind positive Ansätze vorstellbar, zumal das Land über relativ dichte und intakte Verkehrssysteme sowie über gut ausgebildete Arbeitnehmer verfügt. Stichworte für Wachstums- und Zukunftspotentiale sind: Konversion des teilweise hochmodernen Militär-Industrie-Komplexes (MIK); Ausbau und Modernisierung der Holzverarbeitenden Industrie; Förderung der - bislang kaum vorhandenen - Klein- und Mittelbetriebe; Energiesparen als Ressource. Immerhin gab es trotz der Obstruktion des Präsidenten Investitionszuwächse im Nachrichtenwesen (+90%), im Banken- und Versicherungssektor (+37%) sowie im Bereich Handel und Gaststätten (+3%). Voraussetzung für eine Abwendung des wirtschaftlichen und finanziellen Bankrotts Belaruss wäre allerdings, daß der frühere Kolchoschef Lukaschenka das Land nicht "wie eine Kolchosa regiert" (so der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin⁷), sondern sich glaubhaft für ein *durchdachtes Reformkonzept* engagiert. Dies würde Kredite der internationalen Finanzorganisationen freimachen, den fast versiegten Fluß westlicher Privatinvestitionen ansteigen lassen und den Partnerschaftsvertrag mit der EU in die Praxis umsetzen.

Drohende internationale Isolierung

In den Außenbeziehungen hat der Präsident sein Land in schwierige Wasser manövriert: Mit seiner reformfeindlichen, einseitig auf Moskau ausgerichteten Linie hat er Rußland nicht gewinnen können und zugleich die westlichen Nachbarn abgestoßen. Zwar ist Moskau an einem *hegemonialen Verhältnis* zu dem Land interessiert, das ihm die weitere Benutzung seiner strategischen Funk- und Abwehrsysteme an der Westgrenze von Belaruss sichert, den Zugriff auf den MIK und die energieverarbeitenden Anlagen ermöglicht und den zuverlässigen Transit für seine Verkehrs- und Energieleitungsnetze nach Westen gewährleistet (70% der russischen Exporte nach Europa führen über Belaruss). Eine Integration in Form einer *Konföderation oder einer Föderation*, wie sie Lukaschenka vorschwebt, steht für Moskau jedoch schon aus Kostengründen *nicht* auf dem Programm - ganz abgesehen davon, daß sich beide Staaten in Politik und Wirtschaft eher auseinanderentwickeln. Ausgerechnet in Brest verkündete Jelzin im Juni 1996, es werde keine Integration geben, solange sich die Reformen in beiden Ländern nicht in gleicher Geschwindigkeit vollzögen. Bereits zuvor hatte er - ähnlich wie die demokratische Presse Rußlands - die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten durch die Lukaschenka-Exekutive öffentlich gerügt.⁸

All dies mußte den Präsidenten um so härter treffen, als er gleichsam alles auf die Karte Rußland gesetzt hatte und damit die angrenzenden Staaten, deren kollektives Bewußtsein auch weiterhin stark von dem historischen Ausgreifen Moskaus geprägt ist, aufs höchste irritierte. Das gilt vor allem für Polen, aber auch für die Ukraine und die baltischen Staaten. Für sie alle bildet ein souveränes, de-

⁶ Vgl. L. Sayenko, Belarus Heading Step by Step Into the Past, in: Moscow News, Nr. 20/1996, S. 5.

⁷ Vgl. Nezavisimaja gazeta, 5.10.1995.

⁸ Nach L. Sayenko, Belarus: A Coup Up Top, in: Moscow News, Nr. 30/1996, S. 2, bzw. Itar-Tass, 19.5.1996 (Jelzin-Rede in Omsk).

mokratisches Belarus ein wichtiges Element der politischen Struktur Europas. Sollte sich Belarus tatsächlich als "Rammbock gegen westliche Einflußnahme in der GUS"⁹ und als militärstrategisches Vorfeld Moskaus profilieren, so würde dies die Gräben weiter vertiefen. Die EU ihrerseits zögerte mit der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsvertrags, weil sie sich nicht sicher war, ob Belarus überhaupt seine Souveränität erhalten wolle. Sollte der Präsident zu massenhafter Repression greifen und eine persönliche Diktatur errichten, so würde dies den Prozeß der Selbstisolierung von Belarus gegenüber dem Westen vollenden: Weder würde der Partnerschaftsvertrag mit der EU ratifiziert noch könnte das Land darauf rechnen, ähnlich wie die anderen europäischen GUS-Staaten als Vollmitglied in den Europarat aufgenommen zu werden.

Die einseitig auf Rußland orientierte außenpolitische Linie des Präsidenten hat ihre Anhänger über seine engere Umgebung hinaus insbesondere in den Machtministerien (Verteidigung, Inneres, Staatssicherheit) und unter den Kommunisten. Die übrigen Formationen haben ihre ursprünglich divergierenden Positionen - Anlehnung an Rußland (Agrarier) versus Bildung einer Rußland ausgrenzenden Baltikum-Schwarzmeer-Staatengruppierung (Teile der Demokraten) - mittlerweile stark modifiziert und einander angenähert. Das unabhängige Belarus müsse danach streben - so der sich herausbildende Grundkonsens zwischen diesen Parteien -, enge Beziehungen zu Rußland mit einer Öffnung nach Europa (und hier insbesondere nach Deutschland) zu verbinden. Analysiert man einschlägige Stellungnahmen aus Regierungskreisen, so zeigt sich, daß Vorstellungen von einer Balance nach Ost und West Eingang selbst in die Lukaschenka-Administration gefunden haben.¹⁰

Elemente einer europäischen Strategie von Demokratieförderung und Partnerschaft

Der kurze Aufriß zu den Entwicklungen in Belarus zeigt: Trotz starker Gefährdungen durch den autoritär-repressiven Kurs des Präsidenten sind die Aussichten auf Wahrung von Demokratie und Unabhängigkeit in Belarus noch keineswegs völlig geschwunden. Europäische und deutsche Politik können in begrenztem Maße dazu beitragen, die Chancen für eine Wende zum Positiven zu verbessern. Wichtig ist freilich, daß dabei *mehrgleisig* gefahren wird, d.h. daß sich Dialog und Zusammenarbeit sowohl auf die Reformkräfte als auch auf die Machthaber beziehen. Als kurzfristige Initiativen seitens des Europäischen Parlaments, des Europarats und des deutschen Bundestags wäre zu denken an: a) Austausch von Parlamentsdelegationen, nicht zuletzt unter dem Blickwinkel praktizierter Solidarität mit den Demokratie und Eigenstaatlichkeit verteidigenden Abgeordneten von Belarus. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei Parlamentspräsident Scharezkij, der sich zu einem überzeugten Vorkämpfer der genannten Ziele entwickelt hat.¹¹ Sein Besuch in Brüssel, Straßburg und/oder Bonn würde den europäischen Charakter des Landes unterstreichen und das überragende Interesse der Europäer an der Weiterentwicklung der Demokratie signalisieren; b) Entsendung von starken und kompetenten Beobachterdelegationen zu den für November 1996 anvisierten Referenden und Parlamentsnachwahlen. Auch dies wäre ein Zeichen internationaler Solidarität für die demokratischen Kräfte und darüber hinaus in bestimmten Grenzen geeignet, allzu massive Manipulationen und Wahlfälschungen zu erschweren; c) gemeinsame Konferenz von Experten des Europarats und Belarus' mit dem Ziel, die von Lukaschenka eingebrachten Verfassensrevisionen auf ihre Vereinbarkeit mit europäischen Normen zu überprüfen; d) deutliche Signale von EU und Europarat an die Machthaber in Minsk, daß eine Einbindung von Belarus die Geltung von Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten voraussetzt und deren Verletzung die Einbeziehung des Landes in die Organisationen europäischer Zusammenarbeit gefährdet; e) Ermunterung an die Führung Polens, ihre Politik des Brückenbaus nach Belarus trotz aller Probleme fortzusetzen (Kwasniewski-Besuch in Belarus vom März 1996; Projekt einer "Euroregion Bug"; Verbesserung des Grenzregimes zwischen Polen und Belarus); f) Anregung an Parlamentarier und politisch

⁹ So der Präsident im November 1995 in einer Rede vor Provinzpolitikern, Reuters, 21.11.1995.

¹⁰ Vgl. "Vostočnyj Brjussel" na Svisloči?, Interview mit Außenminister V. Sen'ko, in: Delo (Minsk), Nr. 4/1996, S. 4f, bzw. Nabiraem oboroty. Vnešnetorgovye, Interview mit Außenhandelsminister Marinič, ebd., Nr. 4/1996, S. 4f.

¹¹ Vgl. seinen "Appell an das Volk von Belarus" unter dem Titel: "Leute, seid wachsam! In der Republik riecht es nach Faschismus", in: Narodnaja Volja (Minsk), Nr. 81/September 1996.

Verantwortliche in Rußland, ihren Einfluß in Minsk geltend zu machen und die reformfeindlichen, diktatorischen Ambitionen des Präsidenten zu dämpfen.

Für die mittel- und längerfristige Perspektive sind die - mit der Minsker Regierung abzustimmenden - Know-how-Förderprogramme TACIS (EU) und Transform (Bundesregierung) von erheblichem Nutzen und sollten weiter verfolgt werden. Angesichts der abnehmenden Kooperationsbereitschaft seitens der Administration von Belarus sollten darüber hinaus *Direktkontakte* mit dem Ziel verdichtet werden, die heranwachsende politische und wirtschaftliche Elite zu fördern, das "Humankapital" weiter zu qualifizieren und die Gesellschaften stärker miteinander zu vernetzen. Konkret heißt das: Aufbauhilfe für die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften, die ihre Rolle im System noch nicht bestimmt haben und der Willkür der Administration ausgesetzt sind; Unterstützung für die Vielzahl der NGOs, die in der Übergangszeit zur Demokratie oft politische Aktivitäten entfalten; Förderung der Städtepartnerschaften, die bei bislang insgesamt elf Verbindungen durch Begegnungen "von unten" das wechselseitige Verständnis zwischen den Gesellschaften stärken; ideelle und materielle Unterstützung für Journalisten und Publizisten aus dem demokratischen Spektrum; Förderung unabhängiger Hochschulen - wie der Europäischen Humanistischen Universität - durch Austausch von Dozenten, Mitwirkung in Beiräten usw. All dies sollte nicht nur auf Minsk bezogen sein, sondern gerade auch die wenig informierten und daher leicht manipulierbaren Menschen in der Provinz mit einbeziehen. Inhaltlich könnte der Dialog über Probleme der politisch-ökonomischen Transformation und der internationalen Zuordnung von Belarus hinaus beispielsweise die Substanz des Partnerschafts- und Kooperationsvertrags EU-Belarus in seinen drei Dimensionen Politik/Menschenrechte, Wirtschaft/Finanzen und Kultur thematisieren und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit im Lande präsentieren. Die Chancen, die das Abkommen für ein sich reformierendes Belarus bietet, werden um so deutlicher, wenn man den Vergleich zu den benachbarten EU-Mitglieds kandidaten zieht: Während sich Belarus mit seiner vergleichsweise modernen Industrie und seinen hochqualifizierten Fachkräften 1990 durchaus mit Polen und den Baltischen Staaten messen konnte, ist es durch seinen Strukturkonservatismus mittlerweile weit zurückgefallen und nimmt in der Aufstellung zu Länderbonität und Business Rating den 112. Rang ein (nach Rußland, Kasachstan und der Ukraine).

Möglicherweise hat der Westen eine günstige Gelegenheit versäumt, als er dem von seiner Größe her überschaubaren, geographisch günstig gelegenen und wirtschaftlich relativ entwickelten Land nach seiner Unabhängigkeit 1991 wenig Aufmerksamkeit schenkte. Inzwischen ist Belarus durch den erratic Kurs seines Präsidenten für seine Umwelt zu einem *Risikofaktor* geworden, hat aber zugleich aus seinem Innern heraus eine breite Koalition des Widerstands entwickelt, die zu nationaler Selbstbehauptung und Verteidigung der Demokratie entschlossen ist. Dies ist - so scheint es - ein klassischer Fall für eine *präventive Diplomatie* der Europäer: Durch vermittelndes Einwirken auf *sämtliche* Akteure hätte sie die Aufgabe, den sich zuspitzenden Konflikt zwischen Administration und Opposition zu entschärfen und damit eine in ihren Folgen unheilvolle Eskalation zu verhindern. Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß Teile der russischen Führung ähnlich denken und in dieser Richtung bereits aktiv geworden sind, denn auch in Moskau werden die Ambitionen Lukaschenkas als störend empfunden. So paradox es klingt: Vor allem nach Belarus hineinwirkende russische Medien werden es sein, die das Medienmonopol des Präsidenten durchbrechen und die Opposition in ihrem Abwehrkampf unterstützen werden.

Heinz Timmermann

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071